

Titel der Drucksache:

Einschätzung zur Teilnahme am Modellprojekt
"Kommunale Allianzen und Strategien gegen
Rassismus und Hass" (DS 0112/23)

Drucksache

0565/23

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Dienstberatung OB	20.03.2023	nicht öffentlich
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt	04.05.2023	öffentlich

Informationen aus der Verwaltung

Sachverhalt

Mit der Drucksache 0112/23 wurde die Prüfung einer Teilnahme am Modellprojekt "Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass – gemeinsam Entscheidungsträger:innen stärken" – KomMA – festgelegt.

Das Projekt "Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass – gemeinsam Entscheidungsträger:innen stärken" – KomMA – ist in drei Module gegliedert:

Modul 1: KomMA unterstützt den Aufbau einer kommunalen Allianz zwischen Verwaltung, Beratungs- und Hilfestellen sowie Sicherheitsbehörden gegen Rassismus und Hass, mit dem Ziel, Betroffene werden effektiv von allen Seiten unterstützt.

Modul 2: KomMA unterstützt bei der Entwicklung antirassistischer Strategiekonzepte, u.a. zu Clearingverfahren sowie antirassistische Interventions- und Beteiligungsstrategien, mit dem Ziel, die Verwaltung verfügt über wirksame Verfahren bei rassistischen und hassbezogenen Vorfällen.

Modul 3: KomMA bietet bedarfsorientierte Trainings und Coachings für Führungskräfte und Teams im Umgang mit Rassismus und Hass,

mit dem Ziel, Führungskräfte und Mitarbeitende sind für Rassismus und Hass sensibilisiert und in ihrer Resilienz gestärkt. Grundlegend richtet sich KomMA gezielt an die Verwaltung und ihre internen Strukturen. Hier gibt es bereits unterschiedliche existierende Strukturen und

Vernetzungen, die sich dem Thema widmen.

Bestandsanalyse

Im Integrationskonzept findet sich im Handlungsfeld 2 "Antidiskriminierung und Gleichstellung" die Empfehlung 5 "Die Stadt Erfurt positioniert sich weiterhin gegen jede Form von Diskriminierung, insbesondere gegen diskriminierende Praktiken auf institutioneller Ebene, innerhalb der Stadtverwaltung sowie der angegliederten Eigenbetriebe, Beteiligungen und Institutionen". Der Prüfauftrag M3: "Es wird geprüft, wie sich konzeptionell mit dem Thema institutionelle Diskriminierung beschäftigt werden kann" wurde zur Umsetzung empfohlen.

Der Kriminalpräventive Rat (KPR) hat eine eigene Geschäftsstelle und wirkt in die Verwaltung und auch nach außen. Er bietet unterschiedliche Informationsformate an und analysiert und berät in den Gremien präventive und Interventionsmaßnahmen.

Die Bürgerbeauftragte, die Gleichstellungsbeauftragte und der Integrationsbeauftragte sowie die Behindertenbeauftragte sind konkrete Anzusprechende bei Problemlagen und Hinweisen. Sie vernetzen die Ämter und Dezernate bei Themen und achten auf eine Sensibilisierung und Beachtung der Thematiken. Für ältere Personen gilt das für den Seniorenbeauftragten adäquat.

Das Personal- und Organisationsamt bietet unterschiedliche Fortbildungen bedarfsgerecht an, die auch genutzt werden. Dabei werden gezielt Angebote des Landesprogramms "Denk bunt" genutzt.

Eine regelmäßige Beratung und Erfahrungsaustausch zwischen Verwaltung, Beratungs- und Hilfestellen sowie dem Dezernat für Ordnung und Sicherheit (D03) gibt es in Form eines Austausches zwischen den Migrationsberatungsstellen, A50, Ausländerbehörde und D03 sowie D05.

Hinsichtlich rassistisch motivierter Vorfälle und Tendenzen gibt es eine enge Abstimmung zwischen D03 und D05, um kurzfristig auf Ereignisse zu reagieren und Unterstützungen zu prüfen. D03 berät sich regelmäßig mit der Landespolizeiinspektion zur aktuellen Lage.

Problemlagen

Das Projekt ist kostenfrei, bedarf aber einer Ressourcenbindung für Personal in Form von Koordinierungsaufgaben und Beratungsstunden. Es bedarf einer zentralen Koordinierungsperson, die dezernatsübergreifend agieren müßte. Auch in den Verwaltungsstrukturen müssen zeitliche und personelle Ressourcen vorhanden sein, um Fortbildungsmaßnahmen zu besuchen. Auch bedarf es noch zusätzlich Kapazitäten für Beratungen zur Vernetzung und zum Austausch bzw. Abstimmung.

Aktuell sind durch personelle Vakanzen in allen Bereichen der Verwaltung diese Ressourcen nicht vorhanden. Eine Änderung dieser Situation ist nicht kurzfristig absehbar (Laufzeit Besetzungsverfahren, Stellenschaffung, zusätzliche gesetzliche Aufgaben). Es ist keine Thematik eines Teilbereiches sondern betrifft die gesamte Verwaltung. Es gibt ein Führungskräfte-seminar an dem alle Amtsleiterinnen und Amtsleiter, die Beigeordneten und der OB teilnehmen. Weitere Zeitkontingente erscheinen aktuell nicht nutzbar zu sein.

Fazit

Eine Bewerbung zur Teilnahme am Projekt **wird nicht empfohlen**, da eine zentrale Koordinierung

nicht mit bestehenden Ressourcen abgesichert werden kann. Die Schaffung zusätzlicher Ressourcen kann nicht kurzfristig erfolgen, da durch Bewerbungsverfahren etc. einige Zeit vergehen wird und der Projektstart nicht zeitnah erfolgen kann. Mit dem KPR und den verwaltungsinternen Strukturen sind analoge Grundlagen geschaffen, die eher stärker und bewußter genutzt werden müssen. Durch die Angebote des Landesprogramms "Denk bunt" werden bereits Fortbildungsangebote genutzt.

Es wird empfohlen, die Thematik verwaltungsintern als Ziel weiter zu verfolgen, auch wenn eine Teilnahme an der Ausschreibung als Modellkommune nicht weiter verfolgt wird. Das Thema ist jedoch weiterhin präsent und mit den vorhandenen Strukturen ausbaufähig, soweit die Ressourcen zur Verfügung stehen. Auch bedarf es einer zentralen Stärkung und Sensibilisierung gegenüber den Mitarbeitenden, sich dem Thema zu widmen, an Fortbildungen teilzunehmen und in den Teams auf Problemlagen zu achten und zu kommunizieren.

Anlagenverzeichnis

20.03.2023, gez. A. Bausewein

Datum, Unterschrift